

Sehr verehrte Damen und Herren,  
liebe Preisträgerinnen und Preisträger,

ich empfinde es als große Ehre, zu Ihnen sprechen zu dürfen.

Ich empfinde es als große Ehre, gerade *an diesem heutigen Tag* zu Ihnen sprechen zu.

Der heutige 09. November ist ein bedeutender Tag in der deutschen Geschichte.

Jedes Jahr am 9. November feiern wir den Tag als die Mauer fiel. Wir feiern diesen Tag als Feiertag und wir feiern ihn zu Recht.

Auch gedenken wir der Novemberrevolution von 1918. Zahlreiche Artikel in Zeitungen und Zeitschriften, TV-Sendungen und Veranstaltungen thematisieren diesen Jahrestag, der auch ein Freudentag ist, weil zum ersten Mal die Demokratie die bestimmende Staatsform in Deutschland wurde.

Der 09. November 1918 und der 09. November 1989 – deutsche Tage der Freude.

Aber zwischen diesen beiden Freudentagen liegt noch ein anderer 09. November: Der 09. November 1938. Ein deutscher Tag des Schreckens, der Schande und der Trauer.

Die „Reichspogromnacht“ jährt sich heute zum 80. Mal.

Wenn es um *diesen* 9. November geht, werden die Stimmen leiser. Dabei wäre es heute wichtiger denn je, über diesen Tag und die Nacht auf den 10. November 1938 zu sprechen, zu erinnern und zu mahnen.

In Geschichtsbüchern steht oft, dass „organisierte Schlägertrupps der SA und der SS“ „jüdische Einrichtungen“ angegriffen hätten.

Solche Sätzen sind wahr und so unwahr zugleich: Angegriffen wurden eben nicht nur „jüdische Einrichtungen“ wie Synagogen.

Angegriffen wurden vor allem Menschen jüdischen Glaubens.

Der jüdische Gemüsehändler im Viertel wurde zusammengeschlagen und verschleppt und dessen Laden verwüstet.

Die jüdische Rentnerin, die an den Haaren aus ihrer Wohnung gezerrt und auf der Straße mit Tritten malträtirt wurde.

Der jüdische Kinderarzt, dessen Praxis niedergebrannt wurde, dessen Frau und Kinder mit Schlägen und Tritten schwer verletzt wurden und der selbst erschlagen wurde.

Die jüdischen Frauen, die vergewaltigt wurden.

Die ungezählten jüdischen Familien, deren Hab`und Gut gestohlen oder zerstört wurden.

Die vielen Menschen, die in Konzentrationslager verschleppt und in vielen Fällen dort ermordet wurden.

Lassen Sie mich nur einige der Schreckensszenen dieser Nacht beschreiben.

In Baden-Baden wird der Vorsteher der jüdischen Gemeinde geschlagen und getreten. Danach zwingt man ihn in der Synagoge aus „Mein Kampf“ vorlesen. Die in der Synagoge versammelten Juden müssen anschließend unter Schlägen und Tritten und dem Gejohle ihrer Peiniger das „Horst-Wessel-Lied“ singen.

In Neustadt an der Weinstraße attackieren SA-Männer die Einwohner des jüdischen Altenheims. Die alten Frauen und Männer werden aus den Betten gezerrt, verprügelt, beleidigt, bespuckt. Dann werden das Altenheim und die nahegelegene Synagoge niedergebrannt.

In Erfurt werden etwa 180 jüdische Männer in eine Turnhalle verschleppt. Dort müssen sie Leiterwände hochklettern, während sie mit Reitpeitschen geschlagen werden.

In Bremen verlangen zwei Männer die Ausweispapiere von Heinrich Rosenblum. Während der Ehemann und Vater von vier Kindern dem nachkommt, schießt ein der beiden Männer dem wehrlosen Mann in den Kopf.

Nicht weit von diesem Tatort, in der Hohentorstraße, dringen Männer in das Schlafzimmer des Joseph Zwienicki ein. Dieser konnte fliehen. Seine Frau Selma konnte oder wollte nicht sagen, wo er sei. Sie wird noch im Schlafzimmer erschossen.

Heute geht man von mindestens 400 Todesopfern allein in der Pogromnacht aus. Hinzu kommt eine unbekannt Zahl von Vergewaltigungen jüdischer Frauen.

Von den annähernd 30.000 verhafteten und deportierten Juden wurden nachweislich jeweils etwa 10.000 ins KZ Dachau und ins KZ Buchenwald eingeliefert. Für das KZ Sachsenhausen schätzt man die Zahl auf mindestens 6.000.

Bereits bei der Ankunft in den KZs wurden Dutzende Juden erschossen. Hunderte starben an den Strapazen der Zwangsarbeit in den Lagern. Tausende der Überlebenden wurden schwer körperlich verletzt.

Der Historiker Wolfgang Benz lässt in einem Artikel in der „ZEIT“<sup>1</sup> die damals 76-jährige Hedwig Jastrow zu Wort kommen. Die pensionierte Schuldirektorin nimmt sich nach den Pogromen in Berlin das Leben. In ihrem Abschiedsbrief schreibt Frau Jastrow: „43 Jahre lang habe ich deutsche Kinder unterrichtet und in allen Nöten betreut und noch viel länger Wohlfahrtsarbeit am deutschen Volk getan, in Krieg und Frieden. Ich will nicht leben ohne Vaterland, ohne Heimat, ohne Wohnung, ohne Bürgerrecht, geächtet und beschimpft“. Sie schrieb diese Worte und nahm sich das Leben.

Sie musste sterben, weil sie Jüdin war, wie alle anderen Opfer dieser Nacht. Es waren Frauen, Männer und Kinder. Es waren alte Menschen und junge Menschen. Es waren arme und wohlhabende und ganz normale Angehörige der Mittelschicht.

Es waren Menschen, die Opfer wurden und nicht „bloß“ „jüdische Einrichtungen“, wie es manchmal in Geschichtsbüchern heißt. Wenn von „jüdischen Einrichtungen“ gesprochen wird, dann empfinde ich das als verharmlosend, denn solche Worte beschreiben nur

---

<sup>1</sup> DIE ZEIT, Nr.45/2018, S. 20

einen Teil der Wahrheit. Es klingt, als seien bloß Gebäude beschädigt worden, als sei bloß Glas zu Bruch gegangen.

Genauso empfinde ich, wenn von den Tätern als „organisierte SA- und SS-Trupps“ gesprochen wird. Natürlich waren diese „Berufs-Nazis“ beteiligt. Aber beteiligt haben sich eben auch ganz normale Deutsche, ohne jeden Zwang, ohne jeden Befehl. Nur zu gerne griffen sie jene Menschen an, die gestern noch Nachbarn, Kollegen oder Schulkameraden an.

Sie taten dies aus Mordlust, aus Grausamkeit, gespeist aus rassistischem und antisemitischem Hass. Sie taten es aus Missgunst und Neid.

Sie taten es aus Gier. Schamlos bereicherten sie sich am Hab` und Gut ihrer Mitmenschen.

Im bundesdeutschen Nachkriegsdeutschland wurden einige Ermittlungsverfahren wegen der Untaten der Reichspogromnacht begonnen. Sie betrafen nur einen kleinen Bruchteil der Zahl der wirklichen Täter. Viele Verfahren wurden eingestellt und in den Fällen, wo es zur Anklage kam, lauteten die Urteile auf Freispruch und wenn einmal gestraft wurde, fielen die Strafen milde aus.

Überhaupt wirkte die bundedeutsche Nachkriegsjustiz vor allem als eine staatliche „Strafvereitelungsmaschinerie“, die abertausende Täter des NS-Regimes ganz bewusst straffrei davonkommen ließ.

Wenn vom Verhalten des Durchschnittsdeutschen in jener Nacht die Rede ist wird oft von jenen Menschen berichtet, die sich anständig verhalten haben, die sich mutig schützend vor ihre jüdischen Nachbarn gestellt haben.

Ja, auch diese Menschen gab es, und es waren gewiss nicht wenige. Aber: Auf jeden der Gerechten kamen unzählige Ungerechte.

Ja, es ist nur die halbe Wahrheit, wenn wir von den „organisierten SA- und SS-Trupps“ reden und von den „jüdischen Einrichtungen“. Aber die halbe Wahrheit ist nicht die Hälfte der Wahrheit.

Wenn die Rede davon ist, dass wir aus der Geschichte lernen müssen, dann müssen wir von der GANZEN Geschichte lernen. Wir können vom Verhalten der Gerechten lernen, aber mindestens genauso viel, vielleicht sogar noch mehr, vom Verhalten der Ungerechten jener Zeit.

Wieso hat sich der Eine von Mitmenschlichkeit leiten lassen und der Andere vom Hass?

Wir reden oft von unserer „erfolgreichen“ „Vergangenheitsbewältigung“. Aber was bedeutet das, die Vergangenheit *bewältigen*?

Kann man Vergangenheit wirklich „bewältigen“? Nein, das glaube ich. Die Vergangenheit ist die Vergangenheit ist die Vergangenheit. Sie war, sie ist, sie wird sein.

*„Die Vergangenheit ist nicht tot, sie ist nicht einmal vergangen“* – Diese Worte des amerikanischen Schriftstellers William Faulkner bringen es auf den Punkt.

Nein, wir können die Vergangenheit nicht „bewältigen“. Vielmehr müssen wir uns unserer Vergangenheit stellen. Wir müssen begreifen, dass unsere Vergangenheit sich in unserer Gegenwart manifestiert, im Guten wie im Schlechten.

„Eine Gesellschaft, die die Augen vor der Vergangenheit verschließt, wird blind für die Gegenwart“, so drückte es Bundespräsident Richard von Weizsäcker in seiner Rede zum 08. Mai im Jahre 1985 aus. Seine Worte hatten damals ihre Berechtigung und sie haben sie auch heute.

Ich möchte noch einen Schritt weiter gehen: Eine Gesellschaft, die sich der Beschäftigung mit ihrer eigenen Geschichte verweigert, eine Gesellschaft die meint, man müsse sich vor allem mit den „aktuellen Problemen des Alltags“ befassen ist eine *unhistorische* Gesellschaft. Damit meine ich eine Gesellschaft, die sich DEN elementaren gesellschaftlichen Frage verweigert:

Wie wurden wir zudem, was wir sind?

Wer sind wir?

Wer wollen wir sein?

Eine Gesellschaft, die sich diesen Fragen verweigert, ist unhistorisch und damit fast zwangsläufig unpolitisch. Die Gesellschaft einer Diktatur kann politisch oder unpolitisch sein. Eine Demokratie ist aber auf den *Demos* angewiesen. Die Demokratie ohne den nachdenkenden, den streitenden, den kritischen, den politischen-historischen und im Ergebnis dem engagierten Menschen hört auf Demokratie zu sein.

Ja, wir müssen aus der Geschichte lernen nicht als etwas, was vergangen ist und uns nicht mehr wirklich betrifft, sondern als *Parallel-Gegenwart*, die uns lernen lässt, die uns mahnt und die uns vor allem: Verpflichtet. Es geht nicht um die persönliche Schuld der heutigen Deutschen für die Shoa, sondern um unsere Verantwortung für Gegenwart und Zukunft.

Wir müssen den Antisemitismus in **JEDER** Erscheinungsform bekämpfen.

Antisemitismus äußert sich in Bedrohungen und Beleidigungen. Sie kommt ihm Gewand der Religionskritik daher. Sie manifestiert sich als vermeintliche „Israel-Kritik“. Und sie zeigt sich in Gewalt gegen Menschen und Sachen.

Gemessen an der Zahl der Übergriffe auf jüdische Personen in Deutschland, ist Antisemitismus akuter geworden in den letzten Jahren. Im ersten Halbjahr 2018 hat die Berliner „Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus“ durchschnittlich drei antisemitische Vorfälle pro Tag registriert. Außerdem sind die Vorfälle gewalttätiger und gezielter geworden.<sup>2</sup>

Synagogen, jüdische Restaurants, Buchhandlungen, ja sogar Schulen und Kindergärten sind ständig potenzielle Ziele von Angriffen und Anschlägen. Sie müssen an jedem Tag des Jahres 24 Stunden durch die Polizei überwacht werden.

---

<sup>2</sup> <https://www.juedische-allgemeine.de/article/view/id/33099>

Gemäß einem Sonderbericht zur Polizeilichen Kriminalstatistik werden 94% der registrierten Straftaten von Personen mit rechtsextremer Motivation begangen.<sup>3</sup> Der überwiegende Rest sind arabische bzw. islamistische Extremisten. Man muss diese Zahlen nicht 1:1 für die korrekte Spiegelung der Realität halten, aber in einer ungefähren Größenordnung beschreibt sie die bundesdeutsche Wirklichkeit.

Bitte missverstehen Sie mich nicht: Jeder Antisemitismus ist Ausdruck widerwärtiger Menschenfeindlichkeit. Er muss in jeder Form bekämpft werden. Auffällig ist aber schon, dass Antisemitismus von manchen Vertretern in der Politik nur dann Thema wird, wenn es der Antisemitismus muslimischer Einwanderer ist. Erst wenn der Antisemitismus von einem Flüchtling ausgeht, scheint es für manche Partei oder manche Politiker ein Thema zu sein – anders als der alltägliche Antisemitismus.

Dieser alltägliche Antisemitismus wird selten kritisiert.

Man erinnere sich an die beschämende Beschneidungsdebatte im Jahre 2012. Da verurteilten Doktoren und Professoren in empörten Leserbriefen die „archaischen“ und „rückständigen“ Riten von Juden und Muslimen. Der Ton macht die Musik, das ist richtig, und der Ton, der in diesen Äußerungen klar durchklang, das war der alte und nur zu gut bekannte antisemitische Ton.

Wieso fällt es uns so viel leichter den „importierten“ Antisemitismus anzusprechen als über unseren eigenen zu sprechen?

Es fällt uns eben viel leichter, Antisemitismus auf Rechtsextremisten und Islamisten zu begrenzen, so wie wir Rassismus auf Nazis beschränken. Die Wahrheit ist aber: Jeder Nazi ist Antisemit, aber nicht jeder Antisemit ist Nazi. Wir dürfen nicht „Nazi“ und „Antisemit“ synonym verwenden.

Menschen können ein Leben lang demokratische Parteien wählen und dennoch antisemitisch sprechen oder handeln. Oft erkennen diesen Menschen den eigenen Antisemitismus noch nicht einmal als solchen und reagieren empört, wenn man sie darauf anspricht.

Sind wir gezwungen anzuerkennen, dass Antisemitismus sich eben nicht beschränkt auf Nazis und Islamisten sondern auch in den Köpfen unserer Verwandten, unserer Freunde, unserer Kollegen und vor allem: in unseren eigenen Köpfen existiert, dann ist das ein unerfreuliches Rendezvous mit der Realität.

Ist man gezwungen sich mit sich selbst und der engsten Umgebung auseinanderzusetzen, dann fällt das schwer. Es fällt schwer, weil es das eigene Selbstbild als Menschenfreund und Demokrat erschüttern kann. Es fällt uns deswegen schwer, den Kampf gegen den Judenhass bei uns selbst zu beginnen.

Es fällt schwer, sich die Halbschlechtigkeit des eigenen Herzens einzugestehen.

Es fällt leicht, den dumpfen Antisemitismus von Skinheads oder islamistischen Extremisten zu verurteilen. Es fällt ungleich schwerer, den in schönen Worten, in

---

<sup>3</sup> <https://faktenfinder.tagesschau.de/hintergrund/antisemitismus-147.html>

pseudo-wissenschaftlichen Analysen oder in angeblicher Satire daherkommenden Antisemitismus auch nur als solchen anzuerkennen, von Bekämpfen ganz zu schweigen.

Oft heißt es, wenn etwas Schlimmes geschehen ist, „Jetzt muss ein Zeichen gesetzt werden“. Aber welche Zeichen setzen wir denn immer wieder?

Denken wir doch einmal an den diesjährigen „Bayerischen Kabarettpreis“. Ich halte es für fragwürdig, dass der Bayerische Rundfunk den Karikaturisten Dieter Hanitzsch mit diesem Preis auszeichnet. Hanitzsch hat sich in seiner in der Süddeutschen Zeitung gedruckten Karikatur von Israels Premierminister Benjamin Netanjahu eindeutig antisemitischer Stereotypen bedient. Hanitzsch meinte dazu übrigens vor ein paar Wochen: Ich bin kein Antisemit und ich habe nach wie vor kein schlechtes Gewissen.<sup>4</sup>

Aha, wenn das so ist, dann ist ja alles in bester Ordnung.

Was für ein Zeichen setzen wir denn, wenn ein Viktor Orban als Ehrengast zur Klausurtagung einer deutschen Regierungspartei eingeladen wird? Viktor Orban und seine Partei Fidesz ehren ungarische Antisemiten und Kriegsverbrecher aus der Zeit vor 1945. Sie attackieren mit deutlich antisemitischer Konnotation den Gründer des Open Society Instituts, George Soros. Welches Zeichen setzen wir, wenn ein Viktor Orban als Gast hofiert wird?

Immerfort wird in Reden der Antisemitismus kritisiert und ein „entschlossener“ Kampf gegen den Judenhass gefordert. Aber wann führen wir eigentlich diesen Kampf? Wo zeigen wir diese Entschlossenheit?

Wenn in Berlin auf einer Demonstration, die offiziell als Demonstration gegen die Politik Israels angemeldet ist, Hassparolen wie „Juden ins Gas“ skandiert werden, dann soll sich niemand rausreden können. Jeder, der Seite an Seite mit solchen Hasspredigern marschiert, ist Teil eines antisemitischen Aufmarsches!

Wenn hier in Dresden montags Menschen auf die Straße gehen und Seite an Seite mit bekannten Antisemiten, dann sind sie Teil eines antisemitischen Aufmarsches!

Ich war als Nebenklageanwalt in München im NSU-Verfahren. Ganz nah bei mir, weniger als einen Meter entfernt, saß der Nazi André Eminger auf der Anklagebank. Dieser Mann hat auf seiner Brust in englischer Sprache „Stirb Jude stirb“ tätowiert. Die Verhandlungen in München begannen in der Regel am Dienstagmorgen. An den Abenden zuvor marschierte dieser Angeklagte auf den Montagsdemos der bayerischen Pegida mit. Und dann behaupten Teilnehmer dieser Aufmärsche, sie seien „besorgte Bürger“?

In unseren Tagen bagatellisieren angebliche Demokraten die Jahre 1933-1945 als „Vogelschiss“ der Geschichte. Sie sprechen von einem „Mahnmal der Schande“ und meinen damit das Holocaust-Mahnmal in Berlin. Diese Personen wollen nicht nur unsere jüngste Geschichte umdeuten. Diese Umdeutung ist nur ein bloßes Mittel zum Zweck. Ihnen geht es mehr um die Zukunft unseres Landes als um die Vergangenheit unseres Landes. Hier hört man den Sound des deutschen Protofaschismus. Hier wird an einem

---

<sup>4</sup> <https://www.br.de/nachrichten/kultur/bayerischer-kabarettpreis-fuer-dieter-hanitzsch-interview.R7rp04k>

Opfermythos gestrickt, demzufolge Deutschland und die Deutschen die „wahren“ Opfer von allem zu jeder Zeit sind.

*Vor dem Krieg waren wir Deutsche Opfer alliierter Kriegsführung –Stichwort Bomben-Holocaust“- und nun sind wir Deutschen wieder Opfer.*

*Wir sind Opfer einer „Umvolkung“.*

*Der gutgläubige deutsche Michel wird von Ausländern ausgenutzt durch die Einwanderung in die Sozialkassen.*

*Über Straftaten mit deutschen Opfern wird nicht berichtet.*

Solche politischen Opfernarrative sind gefährlich: Zu denken, Politiker und Parteien würden die mit solchen Parolen „nur“ Wahlkampf machen, greift zu kurz. Diese Leuten wollen den Boden bereiten für ein anderes, anti-demokratisches System. In diesem System werden alle künftigen Untaten als „Notwehr“ gerechtfertigt sein.

Kennen wir Deutschen ein solches Vorgehen nicht zu gut?

Das deutsche Volk hat demnach das Recht, sich gegen das *Fremde* zu wehren. Wer „Fremd“ ist, wer dazu gehört und wer nicht, wer „deutsch“ ist und wer nicht, das bestimmt das neue System. Zu unterscheiden ist, wer wirklich „Deutscher“ ist und wer bloß „Pass-Deutscher“ ist. Den Letzteren kann man dann diesen Pass – schließlich ist das nur ein Stück Papier- entziehen und die mit dem Papier einhergehenden Rechte gleich mit dazu.

Haben wir aus der Geschichte gelernt?

Unsere Reaktion auf die Feinde der Demokratie darf sich nicht auf bloße Empörung beschränken.

Wenn wir wirklich aus der Geschichte gelernt haben, dann müssen wir **JETZT** handeln.

Die erste Demokratie in Deutschland nahm heute vor 100 Jahren ihren Lauf und sie scheiterte. Sie scheiterte – und das ist fast ein Allgemeinplatz- nicht nur an der Stärke seiner Feinde, sondern an dem Mangel seiner Unterstützer.

Sie scheiterte auch, weil sich die Demokraten aller Parteien nicht auf einen *gemeinsamen* Kampf gegen die aufkommende Diktatur einigen konnten. Sie scheiterte auch, weil geschachert wurde, weil kurzfristiges politisches Kalkül wichtiger war als das langfristige Überleben der Demokratie. Sie scheiterte auch, weil viele Demokraten in anderen Demokraten den Konkurrenten und manchmal sogar den Feind sahen und alle Energien auf die Abgrenzung von diesen verschwendeten.

Die Demokraten der ersten deutschen Demokratie versagten am Ende auch weil sie die tödliche Gefahr die von den Nazis ausging unterschätzten.

Jetzt werden einige von Ihnen vielleicht die Stirn runzeln und denken, vergleicht der Daimagüler Weimar 1933 mit Berlin 2018? Das geht doch nicht!

Lassen Sie mich dazu folgendes feststellen: *Vergleichen* kann und muss man sogar manchmal, um Unterschiede und Gemeinsamkeiten festzustellen. Vergleiche können wie Analogien sehr sinnvoll sein. Was man nicht darf ist unüberlegt *Gleichsetzen*.

Aber: Die NS-Herrschaft begann nicht am 30. Januar 1933. Der Hass gegen Juden oder Sinti und Roma begann nicht am 30. Januar. Dem Ende der demokratischen Institutionen ging die Erosion demokratischer Kultur voraus. Dem Ende der Mitmenschlichkeit ging der Hass voraus, der in Gedanken, Worten und Taten verbreitet wurde ohne dass es entschlossene Reaktionen der Guten gab.

Nein, Berlin 2018 ist nicht Weimar 1933. Aber denken wir doch an die Jahre vor `33 zurück. Fehlt es wirklich an Entwicklungen und Ereignissen, die uns bekannt vorkommen?

Vorgestern wurde die Studie der Uni Leipzig mit dem Titel „Flucht ins Autoritäre – Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft“ vorgestellt. Die Ergebnisse sind erschreckend.

Fast jeder vierte Deutsche ist ausländerfeindlich. In Ostdeutschland lehnt sogar fast jeder Dritte Ausländer ab. Das sind zentrale Ergebnisse der Studie.

Den Befragten wurden insgesamt 18 Aussagen zu klassischen rechtsextremen Einstellungen vorgelegt: von der Verharmlosung des Nationalsozialismus, über Antisemitismus, darüber, ob man eine Diktatur befürwortet, bis hin zu der Frage, ob man Ausländer ablehnt.

Ein Beispiel dieser Fragen ist: "Ausländer kommen nur nach Deutschland, um den Sozialstaat auszunutzen." Dieser Aussage stimmte bei der Studie etwa jeder dritte Deutsche zu.

Ergebnis dieser Studie ist auch, dass Rassismus und Antisemitismus eine politische Heimat in der AfD gefunden hat.

Was tun?

Wir brauchen einen Grundkonsens der Demokraten bei der Verteidigung der demokratischen Grundwerte. Das ist ja eigentlich nicht zu viel verlangt. Wenn die Einen zum Kampf gegen den Faschismus aufrufen und einigen Anderen nichts besseres dazu einfällt als zu sagen: Wir müssen Faschisten und Anti-Faschisten gleichermaßen bekämpfen, als seien Faschismus und Antifaschismus moralisch gleichermaßen verwerfliche entgegengesetzte Pole, dann empfinde ich das wie einen Schlag ins Gesicht aller jenen Menschen, die sich jeden Tag Rassismus und Antisemitismus engagieren.

Wir brauchen einen Grundkonsens der Demokraten, der jede Form gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in Wort und Tat verurteilt.

Das fängt bei der eigenen Sprache an. Wenn Demokraten verächtlich von „Asyltouristen“ sprechen – wie soll die Demokratie glaubwürdig gegen menschenverachtende Sprache von alten und jungen Nazis argumentieren?



Und wieso springen eigentlich Demokraten und demokratische Parteien über jedes Stöckchen, das ihnen von Rassisten hingehalten wird? Brauchen wir **jeden** Tag des Jahres eine Diskussion über Migration? Brauchen wir **jeden** Tag des Jahres eine Diskussion über den Islam? Demokraten sollten diejenigen sein, die immer wieder die entscheidenden Themen ansprechen: Der Klimawandel, die Digitalisierung, die Bildung, die Globalisierung und vieles mehr.

Und wenn wir schon über Migration reden: Muss es immer eine Problemdebatte sein? Wieso können wir nicht einmal festhalten, dass allem Gerede zum Trotz die Integration eine Erfolgsgeschichte ist? Können Demokraten nicht auch einmal feststellen, dass wir nicht nur Einwanderung brauchen, sondern dass dieses Land auch stolz ist auf seine Einwanderer, dass dieses Land seinen Einwanderer dankbar ist?

Wenn Demokraten anfangen, die Themensetzung der rechten Hetzer zu akzeptieren, hat unsere Demokratie ein Problem.

Wenn Demokraten anfangen, rechte Thesen nachzuplappern, dann sorgen sie bloß dafür, dass das Wertefundament unserer Verfassung erodiert und dass die rechte Hetze zum politischen Mainstream wird.

Wenn Demokraten nicht bereit sind, sich selbstbewusst zu seinen Einwanderern und deren Nachkommen zu bekennen, ihre Leistungen positiv zu betonen und stolz auf das gemeinsam Geschaffene zu sein, tragen sie zu Stigmatisierung dieser Menschen durch rechte Hetzer bei.

Wir brauchen eine wehrhafte Demokratie, die diese Wehrhaftigkeit auch tatsächlich anwendet, auch und gerade im Staatsapparat.

Wenn ein Polizeibeamter hier aus Sachsen, der anlässlich des Staatsbesuchs von Erdogan nach Berlin abgeordnet worden war, es für einen gelungenen „Scherz“ hält, sich mit dem Namen „Uwe Mundlos“ in eine Polizeimeldeliste einzutragen, dann entsetzt mich das. Der NSU hat mindestens 10 Menschen auf dem Gewissen, neun Migranten und eine junge Polizeibeamtin. Ein Polizeibeamter, der sich „Uwe Mundlos“ nennt, gehört nicht in den Polizeiapparat, nicht in Sachsen und nicht in Deutschland. So einer gehört rausgeschmissen.

„Racial Profiling“ und institutioneller Rassismus sind traurige Realität in Deutschland. Als jedoch die UN vor drei Jahren Deutschlands Umgang mit institutionellem Rassismus kritisierte, wies die Bundesregierung den Vorwurf vehement zurück. Fälle von staatlichem Rassismus seien immer nur „Einzelfälle“ die man natürlich bedauere. Fragen Sie Menschen mit dunkler Hautfarbe, fragen Sie Sinti und Roma, fragen Sie Frauen im Kopftuch wie sie behandelt werden auf Polizeirevieren, in der Justiz, in Schulen und auf Arbeitsämtern und sie gewinnen ein anderes Bild als das weichgezeichnete Deutschlandbild der Bundesregierung.

Unsere Beamten haben allesamt einen Eid auf unsere Verfassung geleistet. In Artikel 1 des Grundgesetzes heißt es: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“

Beamte, die gegen Geist und Buchstabendieser klaren Worte handeln, gehören nicht in den Staatsapparat. Sie gehören entlassen.

Wir müssen unsere Gesetze kritisch einem „Menschenrechts-TÜV“ unterzogen werden. Vorschriften wie § 22 Absatz 1a des Bundespolizeigesetz öffnen der Praxis des „Racial Profiling“ Tür und Tor. Beamte dürfen nach dieser Vorschrift alleine nach ihrem eigenen „Erfahrungshorizont“ Menschen ohne jeden Anlass kontrollieren und durchsuchen. Dies führt dazu, dass *People of Colour* regelmäßig –zu Recht als schikanös- empfunden Kontrollen unterworfen werden.

Fälle von Hasskriminalität müssen entschlossen strafrechtlich verfolgt werden. Davon kann gegenwärtig nicht die Rede sein. Die Aufklärungsrate bei Anschlägen auf Flüchtlingsheime liegt bei unter 1%.

Antisemitische oder rassistische Beleidigungen die zur Anzeige kommen werden regelmäßig einfach eingestellt. Dann heißt es in der Einstellungsverfügung der Staatsanwaltschaften oft lapidar: „Es besteht kein öffentliches Verfolgungsinteresse“ und es wird auch den Privatklageweg verwiesen. So darf das aber nicht sein! Welches Signal wird denn in solchen Fällen gesendet? Nein, es muss umgekehrt sein: Als Regelfall sollte die Anklage stehen und nur in Ausnahmefällen soll das Ermittlungsverfahren eingestellt werden. Entsprechende Fälle sollten zu „Vorlagesachen“ bei den Staatsanwaltschaften werden, d.h., wenn ein Staatsanwalt ein Hate-Crime-Verfahren einstellen möchte, muss er dies gegenüber seinen Vorgesetzten gesondert begründen.

Hate-Crime-Verfahren werden manchmal eingestellt, weil dieser besondere Aspekt von der Polizei oder der Staatsanwaltschaft nicht erkannt wird. Viel öfter liegt es aber daran, dass Polizei, Staatsanwaltschaften und Gerichte heillos überlastet sind. Deswegen ist klar, dass der juristische Kampf gegen die Feinde der Demokratie Geld kosten wird, aber dass muss es uns wert sein. Dieses Geld muss investiert werden in mehr Personal, in bessere Ausstattung und in eine bessere Aus- und Weiterbildung mit Blick auf Grund- und Menschenrechte. Bei dieser Aus- und Weiterbildung von Polizisten und Justizangehörigen können Menschenrechtsvereine eine wichtige Rolle spielen. Sie haben die notwendige Expertise.

In den USA ist es beispielsweise selbstverständlich, dass die Bundesstrafverfolgungsbehörde FBI Aus- und Weiterbildungsveranstaltungen zusammen mit der „Anti-Defamation League“ durchführt.

Dass die Rädelsführer der rechtsextremen Terrororganisation „Gruppe Freital“ und der „Old School Society“ von der Bundesanwaltschaft entschlossen angeklagt und von den Gerichten zu hohen Haftstrafen verurteilt wurden, ist ein ermutigendes Zeichen. Auch die Verurteilung des Holocaust-Leugners und Hetzers Alfred Schaefer zu drei Jahren Freiheitsstrafe ist gut.

Wir müssen dafür kämpfen, dass in den Schulen Demokratie vermittelt wird. Dafür brauchen wir Lehrerinnen und Lehrer, die das vermitteln können, die inspiriert und inspirierend sind, die ordentlich bezahlt werden. Auch dass Besichtigungen von Konzentrationslagern, mit der richtigen Vor- und Nachbereitung, verpflichtend werden, finde ich richtig.

Entscheidend ist aber, dass unsere Kinder zu kritischen Menschen erzogen werden. Der kritische Mensch ist das Gegenteil eines autoritätshörigen Menschen. Unsere

Schülerinnen und Schüler werden gelobt, wenn sie brav sind. Noch mehr aber sollten sie gelobt werden, wenn sie es nicht sind. Wir sollten die Aufmüpfigen, die Frechen, die Ungehorsamen, die Unangepassten und die Unbequemen nicht als Problem wahrnehmen, sondern als den Humus, aus dem sich der oft beschworene aber viel zu selten erblickte „mündige Bürger“ erst entstehen kann.

Wir sollten über das Menschenbild nachdenken, das wir unseren Kindern vermitteln. Es ist ein Bild, das den „optimierten Menschen“ predigt: Turbo-Abitur, Turbo-Studium, Nicht-Auf-Mucken, Traditionen achten, Autoritäten Respekt erweisen, in der Freizeit in den Fitnessclub, auch der Körper will optimiert sein, kurz gesagt: Der funktionierende, der durch und durch ökonomisierte Mensch.

Deswegen ist es eben nicht mit der Forderung getan, dass politische Bildung im Schulunterricht mehr Raum einnehmen soll.

Lassen Sie uns gemeinsam gegen die Rückkehr des Nationalismus kämpfen. Lassen Sie mich das ganz klar sagen: Nationalismus egal unter welcher Flagge er propagiert wird, endet mit Ausgrenzung und Unterdrückung nach Innen und Krieg und Vernichtung nach Außen. Es gibt Politikern, die fordern eine Abkehr von Europa und sprechen vom „Europa der Vaterländer“ und meinen doch nichts anderes als den alten Nationalismus. Ich empfehle diesen Politikern eine Reise zu den Gräbern in Verdun. Da liegen sie, hunderte, tausende, zehntausende junge Männer, gestorben im Alter von 18, 19 Jahren. Es gibt Zeitberichte, wo immer wieder berichtet wird, wie diese jungen Männer beim Sterben nach ihren Müttern riefen. Wofür sind sie gestorben? Für die Nation? Für das Vaterland? Nein, sie sind gestorben für nichts. Zahlreich sind die Orte in Europa, die uns gemahnen sollten wie Verdun. Sie sind verstreut über den ganzen Kontinent und überdauern die Zeiten wie Narben, die nicht verheilen wollen. Denken Sie an Kursk, denken Sie an Montebello und Marengo, denken sie an Austerlitz, denken Sie an Königgrätz und Solferino, an Ypern und die eisige Winterschlacht in Masuren, denken Sie an Gallipoli und die Isonzo-Schlachten. Millionen und Abermillionen Menschen, Zivilisten wie Soldaten, sind in den letzten 250 Jahren für „Nation und Vaterland“ umgekommen.

Schluss mit Nationalismus!

Nein, die Antwort auf den nationalen Wahn heißt für uns Europa. Aber nicht irgendein Europa. Wir wollen ein Europa, das sein Fundament auf Menschenrechte und Demokratie aufgebaut hat. Wir wollen ein solidarisches Europa. Ein solches Europa ist das Gegenteil der „Festung Europa“. Ein Europa, das sich nach Außen abschottet und an seinen Grenzen ein Polizeiregime errichtet, wird auf Dauer auch nach Innen nicht demokratisch bleiben können.

Lassen Sie mich zum Ende kommen.

Es reicht nicht zu überlegen, was *gegen* die Feinde der Demokratie unternommen werden muss. Eben so wichtig ist, was wir *für* die Freunde der Demokratie tun können. Wie können wir jene Menschen unterstützen die sich jeden Tag für unsere Demokratie einsetzen? Ich rede von Menschen, wie jene, die wir heute Abend auszeichnen.

Dass zivilgesellschaftliches Engagement kreativ, spannend, politisch, informativ und zugleich unterhaltsam sein kann, zeigt der Agenda Alternativ e.V. aus Schwarzenberg im

Erzgebirgskreis. Das unnachgiebige Engagement des Vereins für eine lebendige Demokratie vor Ort reicht von Fußballturnieren über Bildungsreisen und Musikfestivals bis hin zum Stolpersteine-Putzen. Dafür gab es den mit 5.000 Euro dotierten Hauptpreis beim Sächsische Förderpreis für Demokratie 2018.

Wie zentral Sprache ist, wie sie den Weg für das eigene Denken und Handeln ebnet, hat der sächsische Philosoph und Autor Viktor Klemperer bereits vor 80 Jahren dokumentiert. Mit seinem Projekt Arrive! trägt der „Lauter Leise e.V. Kunst und Demokratie in Sachsen“ diesen Gedanken mit Lesungen und Schreibwerkstätten in die Schulen. Diese großartige Arbeit wurde mit dem Sonderpreis 2018 ausgezeichnet.

Der Kommunenpreis 2018 geht nach Ostritz: Die Stadt zeigt beispielhaft, was gelingen kann, wenn Zivilgesellschaft und Kommune Hand in Hand zusammenarbeiten um entschlossen den Feinden der Demokratie die Stirn zu bieten.

Mit je 1000,00 € wird die Arbeit folgender Initiativen mit dem Anerkennungspreis ausgezeichnet:

Die „Brückenbauer Chemnitz e.V.“ für ihre ehrenamtliche Unterstützung von Kontakten zwischen Geflüchteten und Alteingesessenen in Chemnitz.

Der CSD Pirna e.V. mit dem Begegnungszentrum zur Förderung der Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt.

Die Refugee Law Clinic Leipzig e.V. für ihren Einsatz für die Professionalisierung von Berater\*innen und Übersetzer\*innen in der Flüchtlingshilfe.

Die Engagierten von „Romano Sumnal e.V. – Verein für Roma in Sachsen“ für sein Engagement für mehr Sichtbarkeit und Verständigung von Roma und Nichtroma in Sachsen.

Deutschland ist unsere gemeinsame Heimat. Lassen Sie uns gemeinsam unsere Heimat verteidigen gegen die Hetzer und gegen die Menschenhasser. Lassen wir nicht zu, dass „Heimat“ verkommt zu einem Begriff der Ausgrenzung und des Oben und Unten.

Ich bin davon überzeugt, dass dieses Land, dass Deutschland ein gutes Land ist. Wir leben auf Grundlage einer Verfassung zusammen, die sich in der Welt sehen lassen kann. Wir sind stark genug, um über unsere Schwächen reden zu können. Wir sind stark genug, in den Abgrund zu blicken, auch auf die Gefahr, dass der Abgrund zurückblickt.

Lassen Sie uns gemeinsam solidarisch sein mit den Schwachen und den Bedrängten.

Lassen Sie uns gemeinsam für ein solidarisches Deutschland **aller** Menschen kämpfen. Egal ob oder zu wem der Mensch betet, woher er stammt, wen er liebt, woher er stammt, egal welchen Geschlechts oder wie er heißt.

Ein solches Deutschland wäre die richtige Antwort auf die Frage: Was haben wir aus dem 30. November 1938 gelernt?